

Inhalt



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
Geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

- ✓ Alterssicherung
DGB fordert Beitragssenkungsbremse!
- ✓ Pflege
Pflegebeirat: Bessere Pflege, aber nicht zum Nulltarif.
- ✓ Arbeitsschutz
 - Anti-Stress-Kongress der IG Metall: 8 Thesen.
 - DGB-Index Gute Arbeit: Nur eine Minderheit der Beschäftigten meint bis zur Rente durchhalten zu können.
- ✓ Personalie
Gewählt: Gundula Roßbach – neues Mitglied des Direktoriums der DRV Bund
- ✓ Termine
 - 30. August 2013: Podiumsdiskussion „Rentenpolitik“
 - 7. November 2013: DGB-Veranstaltung auf A+A

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordinierung Kampagnen Sozialpolitik

Alterssicherung

Erneute Rentenbeitragssenkung wäre Brandbeschleuniger für Altersarmut – DGB fordert Beitragssenkungsbremse!

Nach den Berechnungen des Schätzerkreises von Bundesregierung und Rentenversicherung würde es 2014 zu einer erneuten Senkung des Beitragssatzes kommen, wenn die Rechtslage nicht geändert wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Parteien auf, die positive Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu nutzen, um die Nachhaltigkeitsrücklage zu einer Demografie-Reserve auszubauen und die dringend notwendigen Leistungsverbesserungen zu ermöglichen – anstatt den Beitragssatz noch weiter zu senken.

Dazu sagte Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, an diesem Mittwoch in Nürnberg:

„Der Beitragssenkungswahnsinn muss endlich aufhören. Eine weitere Beitragssenkung wäre ein Brandbeschleuniger für die ohnehin absehbare Altersarmut. Wer den Rentenbeitrag zum dritten Mal in Folge senkt, kürzt gleichzeitig die Renten der kommenden Generationen. Die Reserven werden dann noch schneller verpulvert sein, so dass es bald Beitragserhöhungen hagelt, während das Rentenniveau weiter abstürzt. Mit einer solchen Rentenpolitik würde die gesetzliche Rente vorsätzlich an die Wand gefahren. Wir fordern deshalb eine Beitragssenkungsbremse.

Die derzeitige gesetzliche Regelung, nach der keine weiteren Reserven aufgebaut werden dürfen, ist angesichts der demografischen Entwicklung und der großen Sicherungslücken völlig anachronistisch und absurd. Wir fordern die Parteien auf, nach der Bundestagswahl die Grundlagen dafür zu legen, die Rücklage der Rentenversicherung wirklich nachhaltig zu einer Demografie-Reserve auszubauen und die dringend notwendigen Leistungsverbesserungen umzusetzen.

Das DGB-Rentenmodell zeigt, dass es mit der Demografie-Reserve möglich ist, zumindest das Rentenniveau auf lange Sicht zu stabilisieren, weitere Sicherungslücken vor allem in der Erwerbsminderungsrente zu schließen und so Altersarmut vorzubeugen.

Vor allem CDU und CSU müssen sich jetzt bekennen, denn sie können nicht vor der Wahl Verbesserungen bei der Rente versprechen und nach der Wahl den Beitrag senken. Wir fordern von der Union eine klare Wahlaussage.

So lassen sich bessere 'Mütterrenten' und eine bessere Erwerbsminderungsrente nicht finanzieren, wenn der Beitragssatz gesenkt und gleichzeitig der Bundeszuschuss zusammengekürzt wird. Die Ankündigung, dass die Verbesserung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten aus dem bestehenden Bundeszuschuss finanziert werden könne, ist ein schlechter Witz, weil es schließlich keinen einzigen zusätzlichen Euro für die Rente gibt. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hat in diesem Jahr beschlossen, den Bundeszuschuss zu kürzen.“

Das DGB-Rentenkonzept finden Sie unter: <http://www.dgb.de/-/JLB>

Pflege

Pflegebeirat: Bessere Pflege, aber nicht zum Nulltarif.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßt die heute veröffentlichten Empfehlungen des Expertenbeirats zur Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Demnach sollen endlich und Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, also z. B. demenziell erkrankte Menschen, einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung erhalten. Der DGB fordert eine rasche Umsetzung nach der Bundestagswahl und erwartet, dass die erweiterten Pflegeleistungen vollständig solidarisch ausfinanziert werden.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte dazu am Donnerstag in Berlin:

„Die Empfehlung des Pflegebeirats müssen so schnell wie möglich umgesetzt und zu 100 Prozent solidarisch finanziert werden. Es darf nicht wieder passieren, dass die längst überfällige Pflegereform auch in der nächsten Legislaturperiode erneut auf die lange Bank geschoben wird.

Es ist gut, wenn 200.000 pflegebedürftige Menschen zusätzlich durch die Pflegeversicherung abgesichert werden und die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen mit so genannter eingeschränkter Alltagskompetenz endlich als gleichberechtigte Leistung in der Pflegeversicherung anerkannt wird. Dies ist aber nicht zum Nulltarif machbar. Außerdem muss gute Pflegearbeit besser bezahlt werden. Deshalb begrüßen wir, dass der Pflegebeirat eine kostenneutrale Lösung abgelehnt hat, denn dies wäre eine verkappte Kürzung der Pflegeleistungen.

Die Bundesregierung muss nun Farbe bekennen, denn die Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes kostet inklusive des Bestandsschutzes sowie der Dynamisierung der Pflegeleistungen rund sieben Milliarden Euro. Diese Mehrausgaben sind zwingend erforderlich. Die Belastungen können aber durch eine solidarische Bürgerversicherung Pflege in engen Grenzen gehalten werden und würden für Durchschnittsverdienende nur gut fünf Euro im Monat betragen.“

Arbeitsschutz

Anti-Stress-Kongress der IG Metall: 8 Thesen.

Am 23. und 24. April 2013 fand in Berlin der Anti-Stress-Kongress der IG Metall statt. Einen Bericht über die Diskussionen und Forderungen beim Kongress hat die IG Metall im Internet veröffentlicht: siehe Kurzlink <http://bit.ly/18fmgMf> (Quelle: <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/anti-stress-kongress-der-ig-metall-in-berlin-11586.htm>). Wir dokumentieren hier die acht Thesen, die Dr. Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, auf dieser Veranstaltung vorstellte:

These 1:

Angetrieben durch die wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte bildet sich eine neue Form der Unternehmenspolitik heraus („wertorientierte Unternehmensführung“). Dabei wird die Steuerung der Unternehmen zunehmend an kurzfristigen Renditeerwartungen ausgerichtet. Unter dem Diktat der Finanzmärkte werden Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Einkommen der Beschäftigten zur variablen Restgröße und geraten immer stärker unter Druck.

These 2:

In der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts nehmen psychisch belastende Arbeitsbedingungen immer stärker zu. Über alle Branchen und Berufsgruppen hinweg steigt die Arbeitsintensität, wächst der Zeitdruck und atypische Arbeitszeiten wie Nacht- und Schichtarbeit nehmen zu. Zugleich gehört für immer mehr Beschäftigte ansteigende Monotonie zum Arbeitsalltag.

These 3:

Mit der Zuspitzung der Belastungen aus der Arbeit droht der „seidene Faden der Gesundheit“ zu reißen. Das zeigt die enorme Zunahme psychischer Erkrankungen. Hier tickt eine gesellschaftliche Zeitbombe. Die psychische und physische Unversehrtheit der Beschäftigten ist zusehends bedroht – mit erheblichen Folgekosten für die Betroffenen, die Sozialsysteme und die Unternehmen. Die absehbare „Alterung“ von Belegschaften und Gesellschaft wird den Problemdruck erhöhen.

These 4:

Die betrieblichen Präventionsaktivitäten sind in vielen Fällen mangelhaft. Sie reichen nicht aus, um negative arbeitsbedingte Gesundheitsbeeinträchtigungen zu vermeiden. Vor allem fehlt es an Maßnahmen zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit.

These 5:

Die Gründe für die Umsetzungsdefizite bei der Gefährdungsbeurteilung sind vielfältig. Eine Ursache ist, dass für den Bereich der psychischen Belastungen eindeutige und verbindliche Vorgaben fehlen. Die IG Metall fordert: Wie bei Gefahrstoffen, Lärm oder Licht müssen den Unternehmen durch eine konkretisierende Arbeitsschutzverordnung („Anti-Stress-Verordnung“) Gestaltungseckpunkte für psychisch belastende Arbeitsbedingungen vorgegeben werden.

These 6:

Eine „Anti-Stress-Verordnung“ schließt die vorhandene Regelungslücke und erhöht den Schutz der Beschäftigten vor psychischen Belastungen bei der Arbeit! Sie integriert alle zentralen Gefährdungsfaktoren in einer Rechtsvorschrift und ermöglicht einheitliche Anforderungen an die Gefährdungsbeurteilung. Sie präzisiert die Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes, schafft Rechtssicherheit für alle Akteure und reduziert die Konflikte

zwischen den Betriebsparteien über das „Ob“ und „Wie“ der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen.

These 7:

Eine Anti-Stress-Verordnung muss darlegen, welche psychischen Belastungsfaktoren in eine Gefährdungsbeurteilung mindestens einzubeziehen sind. Zugleich muss sie klären, nach welchen Maßgaben eine Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen durchzuführen ist. Ihre Anforderungen müssen möglichst konkret sein. Das erleichtert die betriebliche Umsetzung und ist zugleich eine notwendige Voraussetzung für die Beratung und Überwachung der Betriebe durch die Arbeitsschutzaufsicht.

These 8:

Bessere gesetzliche Vorgaben sind eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung zur Humanisierung der Arbeit. Unverzichtbar ist eine „Präventionsbewegung von unten“. Hier sind Arbeitgeber, aber auch Betriebsräte und Vertrauensleute gefordert. Gemeinsam gilt es, Bewusstsein und Handlungsbereitschaft gegen Gefährdungen bei der Arbeit zu fördern, Beschäftigte als Experten ihrer Arbeitsbedingungen einzubeziehen und Projekte „Guter Arbeit“ betrieblich zu verankern.

DGB-Index Gute Arbeit: Nur eine Minderheit der Beschäftigten meint, bis zur Rente durchhalten zu können.

In der aktuellen bundesweiten Repräsentativerhebung des DGB-Index Gute Arbeit „Arbeitsfähigkeit bis zur Rente?“ wurden knapp 5.000 abhängig Beschäftigte nach ihren Arbeitsbedingungen befragt. Nur 42 Prozent gaben an, dass sie davon ausgehen, unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen ohne Beeinträchtigungen bis zur Rente durchhalten zu können. Dagegen schätzen 47 Prozent der Befragten ihre Arbeitsbedingungen so negativ ein, dass sie sich nicht vorstellen können, bis zum Renteneintrittsalter ohne Einschränkungen arbeiten zu können. Die Antworten unterscheiden sich zum Teil deutlich in Abhängigkeit von Branche, Berufsgruppe und Beschäftigungsverhältnis. So gehen nur 24 Prozent aller Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter davon aus, bis zur Rente durchhalten zu können. In der Berufsgruppe der Pflegekräfte sind es nur 20 Prozent, bei den Reinigungskräften sogar nur 15 Prozent.

Der Gesamtindex der Arbeitsqualität liegt im Jahr 2012 bei 61 von 100 möglichen Punkten – und damit im unteren Mittelfeld. Besonders negativ beurteilen die Beschäftigten die Arbeitsintensität und ihr Einkommen. Der Sinngehalt der Arbeit wird dagegen durchschnittlich als gut bewertet. Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen der Einkommenshöhe und der Bewertung der Arbeitsqualität. Beschäftigte mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von unter 1.500 Euro kommen auf einen Indexwert von 59 Punkten, während der Wert bei einem Einkommen von mehr als 4.000 Euro bei 67 Punkten liegt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit, dass die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten in vielerlei Hinsicht dringend verbessert werden müssen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bekräftigte vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Stärkung des betrieblichen Gesundheitsschutzes, einer Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten sowie der Einführung einer Anti-Stress-Verordnung. Die Rente mit 67 sei für die meisten Beschäftigten heute unerreichbar und müsse zumindest ausgesetzt werden. Ein sozialpolitischer Skandal bestehe zudem darin, dass die gesundheitlich besonders betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Erwerbsminderungsrente in den Ruhestand gehen müssen, die weit unterhalb der Grundsicherungsschwelle liegt. Die Befragungsergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit machten deutlich, dass die Verbesserung der Arbeitsqualität oberste Priorität auf der politischen Agenda erhalten müsse, so Michael Sommer.

Der Ergebnisreport zum DGB-Index Gute Arbeit kann auf www.dgb-index-gute-arbeit.de/ bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden (<http://bit.ly/11Mpv6x>, Quelle: <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen>).

Für Michael Sommers Pressemitteilung zur Veröffentlichung der neuen Index-Zahlen bitte hier klicken: <http://www.dgb.de/-/sFO>

Personalie

Gundula Roßbach zur Direktorin der Deutschen Rentenversicherung Bund gewählt

Die Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund hat auf Vorschlag des Bundesvorstandes am 27. Juni 2013 Gundula Roßbach zum Mitglied des Direktoriums gewählt. Sie soll Herbert Rische als Mitglied des Direktoriums nachfolgen, wenn dieser im nächsten Jahr in Ruhestand geht. Seine Amtszeit endet im September 2014. Die Bundesvertreterversammlung wird in einer der nächsten Sitzungen ein Mitglied des dreiköpfigen Direktoriums zum Präsidenten oder zur Präsidentin bestimmen.

Gundula Roßbach (48) war nach einer Tätigkeit bei einem Kommunalen Spitzenverband in Brandenburg bei der Deutschen Rentenversicherung Bund beschäftigt, dort zuletzt als Leiterin der Abteilung Prüfdienst. 2006 ist die Juristin zur stellvertretenden Geschäftsführerin der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg gewählt worden, 2009 zur Geschäftsführerin.

Termine

30. August 2013: Podiumsdiskussion zur Rentenpolitik in Berlin

Hinter uns liegen vier Jahre Stillstand in der Rentenpolitik. Von der angekündigten Rentenreform im Kampf gegen Sicherungslücken und Altersarmut ist am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit nicht ein einziger Vorschlag umgesetzt worden. Was bleibt, ist die zweimalige Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung, wodurch die dringend benötigten Rücklagen in wenigen Jahren aufgebraucht sein werden.

Der DGB erwartet eine Trendwende in der Rentenpolitik. Die nächste Bundesregierung muss zumindest für eine Stabilisierung des Rentenniveaus sorgen und notwendige Leistungsverbesserungen durchsetzen, um die immer größer werdenden Sicherungslücken und Altersarmut zu bekämpfen. Mit dem DGB-Rentenmodell wurde gezeigt, dass dies solidarisch finanzierbar ist.

Kurz vor der Bundestagwahl will der DGB mit den im Bundestag vertretenen Parteien über Reformvorschläge und die Anforderungen des DGB diskutieren, und zwar am Freitag, den 30. August 2013, ab 11 Uhr in Berlin.

Geplant ist eine Podiumsdiskussion mit

Karl-Josef Laumann (CDU, Bundesvorsitzender der CDA)

Klaus Wieseberg (SPD, Vertreter für Arbeit und Soziales im SPD-Kompetenzteam)

Katja Kipping (DIE LINKE, Parteivorsitzende)

Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionsvorsitzende, angefragt)

Rainer Brüderle (FDP, Fraktionsvorsitzender, angefragt)

Annelie Buntenbach (DGB, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands)

Die offizielle Einladung mit weiteren Informationen wird in Kürze verschickt. Wir bitten darum, den Termin vorzumerken.

7. November 2013: DGB-Veranstaltung im Rahmen des A+A-Tages der Betriebs- und Personalräte in Düsseldorf

Im Mittelpunkt der DGB-Veranstaltung am 7. November 2013 (Beginn 9.15 Uhr) auf dem Kongress der A+A in Düsseldorf stehen Gefährdungen, die durch psychische Belastungen hervorgerufen werden. Das Thema ist nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch im politischen Raum weit oben auf der Tagesordnung. Der DGB verlangt, dass die Bundesregierung die existierende Regelungslücke durch eine Anti-Stress-Verordnung schließt. Sie muss die wesentlichen Gefährdungsfaktoren benennen, die Umsetzung geeigneter Maßnahmen einfordern und den Rahmen für angemessene Sanktionen schaffen (Beschluss des DGB-Bundesvorstands, abgedruckt in *guteArbeit*, Heft Nr. 5/2013, S. 4 ff).

Auf der *Podiumsdiskussion* mit dem Titel „Weniger Stress mit dem Stress“ diskutieren u. A. Isabel Rothe (Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin), Cornelia Prüfer-Storcks (Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz der Hansestadt Hamburg) und Michaela Rosenberger (stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten) über die politischen Perspektiven und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten im Bereich psychischer Belastungen. Die Arbeitgeberposition wird vom Hauptgeschäftsführer Metall NRW, Dr. Luitwin Mallmann, vertreten.

Im Rahmen des Gesamtprogramms „Die moderne Arbeitswelt sicher und gesund gestalten“ soll aber auch deutlich werden, dass Betriebs- und Personalräte sich kontinuierlich für die Reduzierung klassischer Gefährdungen wie zum Beispiel durch Staub oder Lärm oder auch durch Arbeitsmittel einsetzen müssen. Dazu sind Referate von Dr. Manuela Maschke (Hans Böckler Stiftung), Peter Camin (Konzernbetriebsratsvorsitzender Norsk Hydro), Leni Breymaier (Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg) und Dr. Hanns Pauli (DGB Bundesvorstandsverwaltung) geplant.

Wir bitten darum, den Termin vorzumerken.

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>